

TEXTENTWÜRFE - Grundsätze Bildung (Menschenbild und Präambel)

FlOrange

Bildung als Garant der Selbstbestimmung

Inmitten einer Gesellschaft, die immer globaler, vielfältiger und unübersichtlicher wird, steigen die Anforderungen an den Einzelnen, sich zu orientieren, neue Sachverhalte zu bewerten und zu unterscheiden. Nur kritisches Denken und ständiges Hinterfragen kann vor irrationalen Ängsten und leichtfertigen Vorurteilen schützen. Der Schlüssel zu einer solchen Mündigkeit liegt in einer umfassenden Bildung.

Als Garant der Selbstbestimmung müssen alle Bildungsbestrebungen ein gemeinsames Ziel haben – das mündige Individuum, welches den Mut hat, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen. Nicht Wissen soll angebildet werden, sondern die Person soll zur Entfaltung ihrer selbst kommen. Erst dieser Rückgriff auf den Bildungsbegriff in der Tradition Humboldts, jenseits von allen ökonomischen Nützlichkeitskriterien, ebnet den Weg zu einer echten Informationsgesellschaft. Nur die Herausbildung freier Menschen und souveräner Charaktere durch ihren ureigenen Vernunftgebrauch kann die Aufklärung fortschreiben.

Von einem solchen Menschenbild ausgehend ist Bildung nicht nur bedeutendste Ressource, sondern Basis der Gesellschaft selbst. Die Piratenpartei Sachsen fordert daher eine Verbesserung der sächsischen Bildungspolitik – hin zu einem Gesellschaftsbild freier Individuen in selbsterlernter Verantwortung.

Stüwe/Scholz/Böhm

Bildung ist die Basis unserer Gesellschaft

Kommunikation, Information, Wissen und Bildung formen die Grundlage unserer Gesellschaft. Ihr Gesicht wird durch Bildung geprägt. Bildung ermöglicht den wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Fortschritt, auf dem unser materieller und geistiger Wohlstand beruht. Sie setzt die Standards für unser Zusammenleben. Sie gibt Orientierung in einer komplexen Welt und schützt die Gesellschaft vor irrationalen Ängsten und leichtfertigen Vorurteilen. Sie versetzt uns in die Lage, Herausforderungen zu meistern, Problemlösungen zu finden und wenn nötig den Kurs zu ändern. Wer die Bildung vernachlässigt, zerstört die Grundlage, auf der unsere Gesellschaft aufgebaut ist.

Durch den Wandel der Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft in eine global vernetzte Wissensgesellschaft ist Bildung die wichtigste Ressource der deutschen Volkswirtschaft geworden. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands und damit die sozialen, kulturellen und persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten der Bürger basieren auf dem allgemeinen Bildungsniveau sowie der persönlichen Qualifizierung jedes Bürgers. Die großen Herausforderungen der Zukunft, wie zum Beispiel der Klimawandel, sind nur durch technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen, also durch ein sehr viel höheres allgemeines Bildungsniveau, zu bewältigen.

Wir Piraten stehen für den grundlegender Einsatz von Open Source Software, Creative Commons Lizenzen und Förderung von Open Access und Open Data. Diese sollen bevorzugt in den Bildungseinrichtungen eingesetzt werden.

Bildung muss neu definiert werden

Die basisdemokratische Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen, wie sie von der Piratenpartei gefordert wird, ist nur mit mündigen, selbstbestimmten und aufgeklärten Bürgern möglich, die sich kritisch, lernfähig und solidarisch in die Willensbildung einbringen wollen. Die Piratenpartei Sachsen bekennt sich deshalb zu einem umfassenden Bildungsbegriff in der Tradition Humboldts. Wir sehen in einer besser gebildeten Bevölkerung einen Gewinn für eine demokratische und soziale Gesellschaft.

Die sächsischen Piraten stehen für bundeseinheitliche Bildungsziele, damit es länderübergreifend keine Unterschiede gibt, und somit die Schüler selbst bei Umzug keine Probleme erwarten müssen. Dies soll die Schuleinstiegsqualifikation, Hauptschulabschluss, Realschulabschluss und das Abitur betreffen. Für Studiumsabschlüsse, wie Bachelor, Diplom oder Master sollten die Standards sogar europaweit vereinheitlicht werden.

Die soziale und kulturelle Herkunft sowie die wirtschaftlichen Voraussetzungen des Elternhauses dürfen keinen Einfluss auf den individuellen Zugang zu Bildung haben. Dieser Einfluss soll bis zum Jahr 2030 soweit minimiert werden, dass sich die soziale Zusammensetzung der Hochschulabsolventen nicht mehr vom gesellschaftlichen Durchschnitt unterscheidet. Kein Schüler soll ohne Schulabschluss bleiben. Die sächsischen Piraten setzen dabei auf das Prinzip der Förderung des Einzelnen. Nur wenn alle Schülerinnen und Schüler die richtige individuelle Förderung erhalten, können sich die Potenziale jedes Einzelnen entfalten.

Unsere Kinder in Sachsen brauchen eine ausgewogene und gesunde Ernährung. Das warme Mittagessen muss unentgeltlich zur Verfügung stehen, um gesellschaftliche Ausgrenzung zu verhindern.

TEXTENTWÜRFE - Gesetzliches und Verwaltung
(Schulpflicht, Freie Träger, Autonomie, Inklusion)

Stüwe/Scholz/Böhm

Zustimmung zur allgemeinen Schulpflicht

Wir sprechen uns weiterhin für eine Beibehaltung der bestehenden allgemeinen Schulpflicht aus. Die Teilnahme am Schulunterricht sichert, dass Kinder und Jugendliche die Grundlagen einer gleichberechtigten, demokratischen und pluralistischen Gesellschaft kennenlernen. In Form von Mitschülern, Lehrern und sonstigen Betreuern können die Kinder und Jugendlichen Ansprechpartner für Fragestellungen und Probleme finden, die durch die Lebensentwürfe der Eltern oder dem sozialen Umfeld abgelehnt oder tabuisiert würden. Im Rahmen des Schulbesuchs ist den Kindern und Jugendlichen transparent zu machen, wie sie ihren eigenen Bildungsweg gegebenenfalls auch unabhängig von den Elternwünschen gestalten können. Zur besseren Integration von Zuwanderern soll ein interkulturelles Bildungsangebot geschaffen werden. Alle Bildungsinstitutionen sollen barrierefrei sein.

Bildung ist ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag

Um unsere Ziele zu erreichen, sind gewaltige Anstrengungen vonnöten. Diese dürfen nicht dem Einzelnen aufgebürdet werden, sondern stellen einen gesamtgesellschaftlichen Auftrag dar. Der Staat hat die Aufgabe, entsprechende räumliche, personelle und finanzielle Ressourcen bereitzustellen und eine auf jeden Einzelnen ausgerichtete Förderung zu garantieren. Der Zugang zu Bildung ist auf allen Ebenen kostenfrei zu gewährleisten und vollständig durch die Gemeinschaft zu finanzieren. Bei der Finanzierung des Bildungssystems sind grundsätzlich neue Prioritäten zu setzen. Der Bildungsetat muss deutlich ausgeweitet werden.

Wir Piraten bekennen uns zum lebenslangen bzw. lebensbegleitenden Lernen. Somit soll sichergestellt werden, dass der Bürger einen grundlegenden Abschluss, wie erste Berufsausbildung oder erstes Studium, jederzeit nachholen kann.

Selbstverwaltung der Schulen

Die sächsischen Piraten lehnen von oben diktierte Reformen des Bildungswesens vehement ab. Selbst die besten Reformvorschläge scheitern, wenn sie nicht von allen Beteiligten getragen werden. Wir setzen deshalb auf die Prinzipien Selbstverantwortung, Selbstverwaltung, Subsidiarität und Transparenz. Die Schulen sollen selbstverwaltete Einheiten werden, die auf demokratischem Wege über die Verwendung ihrer finanziellen und personellen Ressourcen sowie ihre Methodik und Unterrichtsplanung selbst entscheiden. Die zu vermittelnden Grundkompetenzen sowie bestimmte Standards sind für alle Schulen verbindlich.

FlOrange

Bildungspflicht statt Schulpflicht

Die sächsischen Piraten setzen sich für die Abschaffung der Schulpflicht ein und fordern stattdessen eine Bildungspflicht. Ein gesetzlicher Anwesenheitszwang ist kein geeignetes Mittel dazu, Lernmotivation zu erzeugen – im Gegenteil kann er den Verlust von Interesse und Neugier bewirken. Die geltende Schulpflicht verzögert zudem die Entwicklung elektronischer Lernangebote, da sie das Lernen nur lokal und ortsgebunden definiert.

Eine solche gesetzliche Regelung konterkariert nicht nur den Anspruch maximal individueller Förderung, sondern widerspricht auch dem Menschenbild freier mündiger Individuen. Die Freigabe von Hausunterricht ermöglicht Wahlfreiheit und könnte die Unkultur des Misstrauens gegenüber der Elternschaft durch ein neues Zutrauen ablösen.

Die unverhältnismäßig drastischen Strafen beim Verstoß gegen die Schulpflicht sind ein Relikt nationalsozialistischer Vergangenheit – die Piratenpartei möchte diesen europäischen Sonderfall, zumindest in Sachsen, beenden.

Autonome Selbstverwaltung

Die Piratenpartei Sachsen bekennt sich zu einer größtmöglichen pädagogischen Vielfalt, die Schulen in freier Trägerschaft ausdrücklich miteinbezieht. Staatliche wie freie Schulen müssen in allen Feldern die gleichen Förderungsmöglichkeiten erhalten. Unser Ziel ist es, die Teilhabe an den unterschiedlichsten Lernkonzeptionen zu ermöglichen und ein breites Spektrum an Alternativen gegenüber der heutigen Regelschule zu verwirklichen.

Hierbei sollen alle Schulen selbstverwaltete Einheiten werden, die auf demokratischem Wege über die Verwendung ihrer finanziellen und personellen Ressourcen sowie ihre Methodik und Unterrichtsplanung selbst entscheiden. Dies schließt verbindliche Standards sowie die Vermittlung notwendiger Grundkompetenzen nicht aus. Wir setzen auf die Prinzipien Selbstverantwortung, Selbstverwaltung, Subsidiarität und Transparenz.

TEXTENTWÜRFE - Schulstrukturen

(Gliederung, Kurse/Klassen, gemeinsames Lernen)

Florange

Längeres gemeinsames Lernen

Begreift man Bildung nun als gesellschaftliches Fundament, so sind Ausgrenzung und Trennung bereits Resultat fehlerhafter schulischer Strukturen. Das Ergebnis zahlreicher Bildungsstudien in Deutschland ist hierbei stets dasselbe: Separation und Selektion der Schüler findet frühzeitig und irreversibel statt, besonders im Fall junger Migranten. Sachsen gehört zu der Gruppe von Bundesländern, welche diese Aufteilung bereits ab der 5. Klasse festschreibt. Die Piratenpartei Sachsen fordert deshalb einen längeren Zeitraum gemeinsamen Lernens – mindestens bis zur 7. Klasse – um den frühzeitigen Entscheidungs- und Selektionsdruck abzumildern.

Duales Schul-System

Innerhalb Deutschlands hat sich in den letzten Jahren, nach einem langwierigen Streit um Schulstrukturen, die Tendenz zu einem zweigliedrigen Bildungssystem herausgebildet. Dieses Zwei-Säulen-Modell ist sächsische Realität, bedarf aber dringend der Überarbeitung, da Gleichrangigkeit und Gleichwertigkeit von Theorie (Gymnasium) und Praxis (Mittelschule) nicht gegeben sind. Die sächsischen Piraten fordern daher eine materielle wie formelle Aufwertung der zweiten Schulsäule, Mittelschule, hin zu einem „Praxium“, sowie den Erhalt des Gymnasiums als bewährte Schulform.

Eine Einheitsschule wird schon aus logistischen Gründen abgelehnt, da ein allumfassendes Lernangebot der Theorie und Praxis nicht an einem einzigen Ort zur Verfügung gestellt werden kann. Dies wäre nur durch weitreichende Zentralisierungen und unter immensen Umstrukturierungskosten möglich. Die Piratenpartei Sachsen fordert die Investitionspriorität primär auf die Ausstattung der Schulen selbst anstatt auf Strukturreformen zu legen, sie setzt auf Dezentralisierung und kurze Schulwege.

Liquid Education – fließende Schullaufbahn

Frühestens ab Klassenstufe 7 sollen die Schüler zwischen zwei gleichwertigen Schultypen mit theoretischem (Gymnasium) oder praktischem Schwerpunkt (Praxium) eine Richtungsentscheidung treffen. Die Durchlässigkeit zwischen diesen Schultypen muss garantiert werden, um eine individuelle Fluktuation der Schüler zu ermöglichen.

Da jedes Individuum einzigartig in seinen Talenten, Bedürfnissen und Voraussetzungen ist, muss eine Reform des Bildungssystems den individuellen Förderaspekt in seinen Mittelpunkt rücken. Die Piraten Sachsen fordern deshalb die Abkehr von Klassenverbänden und die Einführung eines modularen Kurssystems. Eine solche Flexibilisierung gibt Lernenden

die Chance, ihre Schullaufbahn in unterschiedlichen Geschwindigkeiten zu absolvieren, ohne Über- oder Unterforderung, ohne die erzwungene Unterteilung in verschiedene Schulstufen.

Liquid Education hebt die bisherige Separation auf und setzt auf physische Verschränkung, eine statische und undifferenzierte Trennung nach Alter gehört damit der Vergangenheit an. Die sächsischen Piraten fordern zudem überblicksartige Grund- und detaillierte Leistungskurse, damit jeder Schüler seine Interessen benutzerdefiniert kombinieren kann. Kein Kurs darf die Zahl von 20 Schülern überschreiten, außer zusätzliche Förderkräfte werden eingestellt.

Daniel Riebe

Status Quo in Deutschland

Die TIMSS-Studie, die DESI-Studie und die PISA-Studien stellen für die Sekundarstufe I in Deutschland fest, dass sich die mathematischen und literarischen Kompetenzen von Hauptschülern, Realschülern und Gymnasiasten zu einem großen Prozentsatz überschneiden. Das bedeutet, dass es in allen Schulformen sehr gute, mittlere und schwache Schüler gibt - nur in unterschiedlichen Prozentanteilen. Hieraus schließt die UNICEF-Studie "Disadvantages In Rich Nations", dass die Kinder in Deutschland zu früh und falsch sortiert werden. Die Studie fasst die Situation in Deutschland unter dem Titel: "Germany: Children Sorted For A Life" (dt. "Deutschland: Kinder für ihr ganzes Leben einsortiert") zusammen, um zu verdeutlichen, dass diese frühe Einsortierung kaum rückgängig zu machen ist. Die PISA-Sonderstudie zu Erfolgchancen von Migrantenkinder kritisiert ebenfalls das deutsche Bildungssystem: Migrantenkinder der zweiten Generation, also Schülerinnen und Schüler die in Deutschland geboren sind, aber ausländische Eltern haben, erbringen noch schlechtere Leistungen als Migrantenkinder der ersten Generation. 40% von ihnen erreichen nicht die zweite von fünf Kompetenzstufen.

Die Piratenpartei Sachsen fordert deshalb die schrittweise Einführung eines eingliedrigem Schulsystems, welches sich am Vorbild der PISA-Spitzenreiter Finnland und Kanada orientiert. Eine Klassifizierung unserer Kinder nach dem Prinzip "Die guten ins Töpfchen, die schlechten ins Kröpfchen." lehnen wir ab. Die sächsischen Piraten verfolgen damit das Ziel, das grundlegende Bedürfnis unserer Kinder nach Wissen gemäß ihrer individuellen Fähigkeiten und Voraussetzungen zu befriedigen. Jeder Schüler soll die Möglichkeit haben den von ihm angestrebten Abschluss, sei es Haupt-, Realschulabschluss oder Abitur, an seiner Schule abzulegen.

Liquid Education oder auch: Jedes Kind ist einzigartig!

Jeder Schüler soll die Möglichkeit haben, seine Schullaufbahn individuell planen und absolvieren zu können. Hierbei ist es wichtig, dass den individuellen Bedürfnissen, Fähigkeiten und Voraussetzungen jedes Schülers Rechnung getragen werden. Die Piraten Sachsen fordern deshalb die Abkehr von den Klassenverbänden und die Einführung eines modularen Kurssystems. In einer einjährigen Orientierungsphase sollen zunächst die Neugier der Kinder geweckt und grundlegende Prinzipien des Lernens ("Das lernen lernen!") vermittelt werden. Hierbei ist auch der Einsatz von alternativen Lehr- und Lernmethoden möglich und ausdrücklich erwünscht. Die Orientierungsphase soll weiterhin den toleranten und respektvollen Umgang miteinander lehren und so das Gemeinschaftsgefühl der Schüler stärken.

In den darauffolgenden Sekundarstufen I und II wird jedes Fach jeweils in einem Grund- und Leistungskurs angeboten. Jeder Schüler hat so die Möglichkeit unter Berücksichtigung seiner persönlichen Fähigkeiten und Wünsche zwischen Grund- und Leistungskursen zu wählen bzw. im Verlauf der eigenen Schullaufbahn zu wechseln. Um einen Unterricht zu gewährleisten, der allen Schülern gerecht wird, darf die Klassen- beziehungsweise Kursgröße in den Sekundarstufen I und II maximal 15 Schüler betragen. Dort wo es pädagogisch notwendig ist, wie beispielsweise in speziellen Fördergruppen, muss diese Zahl entsprechend niedriger sein oder müssen zusätzliche Förderkräfte eingestellt werden.

Ein flexibles Kurssystem löst zahlreiche Probleme des existierenden Klassensystems. Mangelhafte Leistungen in einer bestimmten Zahl von Fächern haben nicht mehr die Wiederholung der ganzen Klasse zur Folge, sondern lediglich die Wiederholung der mangelhaft abgeschlossenen Kurse. Umgekehrt werden besonders leistungsfähige Schüler nicht mehr unterfordert oder zum Überspringen einer ganzen Klasse gezwungen. Stattdessen können diese Kurse wählen, die ihrer Leistungsfähigkeit entsprechen.

Erfolgreich zum Abschluss statt Verdruss

Schulabschlüsse wie der Realschulabschluss oder das Abitur werden durch den erfolgreichen Abschluss einer bestimmten Zahl von Grund- und Leistungskursen mit einer besonderen weiteren Prüfung erlangt. Für den Hauptschulabschluss ist keine gesonderte Prüfung notwendig. Um das Leistungsniveau innerhalb einer Schule und landesweit vergleichbar zu machen, müssen während der gesamten Schullaufbahn bestimmte Kurse durch eine zentrale Prüfung abgeschlossen werden. Ein Curriculum mit Pflicht- und Wahlkursen gewährleistet dem einzelnen Schüler ein hohes Maß an Freiheit bei der inhaltlichen Differenzierung seiner Schullaufbahn. Gleichzeitig wird garantiert, dass wichtige Grundkompetenzen im Sinne eines umfassenden Bildungsideals an alle Schüler vermittelt werden.

Durch den Aufbau eines schulinternen Fördersystems sollen die Schüler, deren Leistungen nicht befriedigend sind, zusätzlich individuell unterstützt werden. Hierbei soll das Engagement leistungsstarker Schüler z.B. durch das Angebot von Schülernachhilfe oder Hausaufgabenbetreuung berücksichtigt werden. Wo notwendig, soll letztere durch zusätzliches Lehrpersonal durchgeführt werden. Die Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer durch nicht-lehrendes Personal (z.B. Sozialpädagogen oder Schulpsychologen) ist hierbei eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung einer individuellen Förderung.

Die sächsischen Piraten sind sich bewusst, dass ein eingliedriges, kursbasiertes Schulsystem nur auf Basis eines breiten gesellschaftlichen Konsens und nicht von oben herab erfolgreich eingeführt werden kann. Wir möchten jedoch durch einen transparenten Diskurs über die Vor- und Nachteile dazu beitragen, die durch andere Parteien geschürten Ängste der Elternschaft gegenüber alternativen Lehr- und Lernformen abzubauen.

Stüwe/Scholz/Böhm

Antragssammlung Schulbildung

Antrag 2.1

2. Schulbildung

Jeder soll das Recht haben, die Art und den Ort der Schule selbst zu bestimmen, damit so ein

angemessener und sicherer Schulweg gewährleistet wird. Ein dichteres Schulnetz und die ganztägige Betreuung gewährleisten soll sowie die Zusammenarbeit von Kommunen, Gesellschaften, Vereinen und ein gut funktionierender ÖPNV sind dafür die nötigen Voraussetzungen. Schulen sollen selbstverwalterisch arbeiten und unabhängig sein sich dabei aber an die bundeseinheitlichen Lehrziele halten. Zusätzliche Kurse für Kinder mit Migrationshintergrund sind obligatorisch, um Nachteile auszugleichen.

Antrag 2.1

Kleine Klassenstärken von 15-20 ermöglichen ein besseres Arbeiten mit den Schülern, gut ausgebildete Lehrer die die Lernziele mit lehrbarem Lernstoff füllen unterrichten in Kursen die an die jeweilige Wissens- und Leistungsmöglichkeiten der Schüler angepasst sind. Eltern, Schüler und Lehrer arbeiten hierbei eng zusammen um gemeinsam erarbeitete Kursziele zu erreichen.

Gelehrt wird in einem Kurssystem, dass auf eine maximal 12 Jahre dauernde Gesamtlernzeit begrenzt ist. Bei frühzeitiger Kursfertigstellung soll die Möglichkeit geschaffen werden, dass der Schüler nach Wunsch, in Universitäten oder Hochschulen fachlich weiterbetreut und gefördert wird. Eine feste Bezugsperson (Klassenlehrer) entscheidet individuell und persönlich über das Erreichen eines Kursziels und empfiehlt die Versetzung in die nächst höherer Stufe für jedes Unterrichtsfach in den ersten vier Stufen.

Antrag 2.2

Kursinhalte die an die Region und an regionale Unternehmen in Bezug auf spätere Ausbildungsmöglichkeiten abgestimmt sind bereichern den Lehrplan und die regionale Verbundenheit der Schüler. Die frühzeitige Berufsorientierung in den Schulen sollte verbindlicher Teil des Lehrplans ab dem 8. Schuljahr sein.

Antrag 2.3

Demokratie soll in den Schulen erlern- und erlebbar sein, deshalb sollen ein Kinderschiedsgericht und ein Ombudsmann genauso zum Schulalltag gehören wie ein Unterrichtsfach, dass dieses Thema behandelt. Auch der Umgang mit neuen Medien und dem Internet muss Bestandteil der Schulausbildung sein.

Antrag 2.4

Die Schule als Ort des Lernens soll modernsten technischen und pädagogischen Ansprüchen genügen. Wir in Sachsen wollen Schulen in denen das Lernen Spaß macht. Schulsport soll neben Leistungsaspekten den Schülern vor allem Freude bereiten und in Verbindung mit einer gesunden Ernährung eine gesunde Lebensweise fördern.

Antrag 2.5

Modernste Schulstrukturen sorgen für beste Bildung. Wir bekennen uns zu einer vielfältigen Bildungslandschaft mit unterschiedlichen Trägern. Es müssen mehr Anreize für privates Engagement geschaffen werden.

TEXTENTWÜRFE - Ausstattung und Lernziele
(Lernmittel, Lehrkräfte, Lehrpläne, Barrierefreiheit)

Lupino

Zentralisierte Leistungsnachweise

Frei nach dem Motto „Lernziele statt Lernpläne“ schlage ich vor, das Konzept des in Sachsen etablierten „Zentralabiturs“ auszuweiten. So sollen in allen (Halb-) Jahren sachsenweit einheitliche Leistungskontrollen durchgeführt werden, in welchen das Erreichen der (durch ein zu etablierendes Gremium definierten) Lernziele geprüft werden. Lehrpläne, in denen festgelegt wird, wie diese Lernziele zu erreichen sind, entfallen ersatzlos.

Vorteile:

- Die Art und Weise, wie die Lernziele erreicht werden, kann vom Lehrer unter Berücksichtigung der Stärken und Schwächen seiner Schüler individuell festgelegt werden
- Die Leistungen der Schüler werden landesweit vergleichbar
- Man verhindert, dass die Schüler am Ziel vorbei und/oder Blödsinn (Strichwort: Pseudowissenschaften) lernen
- ...

Nachteile:

- der allgemeine Leistungsdruck steigt, je weniger Möglichkeiten zum „Ausgleich“ es gibt. Man müsste sich überlegen, wie man mit Schülern umgeht, die zum Prüfungstermin einen „schlechten Tag“ haben
- Der Idealfall wäre wohl ein Prüfungskatalog, bei dem die Verfassung des Prüflings schlichtweg keine Rolle spielt: Nicht Wissen, sondern Lösungsansätze für konkrete Probleme werden abgefragt, etc.
- Man nimmt der Lehrkraft die Möglichkeit, die Leistungen ihrer Schüler individuell zu bewerten
- siehe aber Vorteile
- Unterminiert regional gefärbten Unterricht, z.B. Heimatkunde oder sorbisch/sprachiger Unterricht in der Lausitz
- ...

FlOrange

Barrierefreie Inklusion

Die sächsischen Piraten fordern die längst überfällige Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Ziel ist ein inklusives Bildungssystem, innerhalb dessen die Schulen alle Kinder, unabhängig von ihren physischen, intellektuellen, sozialen, emotionalen, sprachlichen oder anderen Fähigkeiten aufnehmen sollen.

Wir lehnen die künstlich geschaffene Umgebung eines Schulalltags ohne Behinderungen ab, da dies nicht dem Abbild der gesellschaftlichen Realität entspricht. Im Gegenteil sind Diversität und heterogene Lerngruppen ein Gewinn, insbesondere für die soziale Kompetenz aller Mitschüler. Daher streben wir die gänzliche Abschaffung von Sonder- und Förderschulen an und fordern die Verwendung der freigesetzten Finanzmittel für Förderlehrer und Sonderpädagogen als zusätzliche Lehrkräfte an den regulären Schulen.

Darüber hinaus fordert die sächsische Piratenpartei echte Barrierefreiheit für alle Bildungseinrichtungen des Freistaates. Diese umfasst nicht nur Gehbehinderung, sondern ebenso Gehörlosigkeit, Blindheit und jede andere Form der körperlichen Behinderung. Wenn bereits Schüler mit Gebärdensprache oder Brailleschrift in Berührung kommen, schafft dies auch die praktische Basis für eine inklusive Gesellschaft ohne Ausgrenzung.

Lernmittelrevolution

Im Zuge der informationellen Revolution haben sich mannigfaltige neue Möglichkeiten des Lernens ergeben, neue Technologien können den schulischen Alltag grundlegend verändern. Die Ausstattung mit digitalen Arbeitsmitteln und ein Internetzugang für alle Lernenden ist daher Voraussetzung für Zugang und Teilhabe an der Informationsgesellschaft. Das erhebliche Ungleichgewicht zugunsten der papiergebundenen und nicht-netzwerkfähigen Bereitstellung von Lernmitteln ist historisch bedingt und stellt eine Momentaufnahme der aktuellen Entwicklung dar. Wir werden dieses Verhältnis ändern.

Cloud-Systeme machen Schulbücher überflüssig, das Streaming von Unterrichtsstunden, Online-Seminare und E-Learning schaffen völlige neue Voraussetzungen der Leistungsvorbereitung und -erhebung. Unterrichtsmaterial muss zukünftig unter freier Lizenz stehen, damit den Lehrkräften die unbeschränkte Vervielfältigung und Weiterentwicklung der Materialien möglich ist.

Anstelle von überfrachteten Lehrplänen setzen die Piraten auf Grundlagenbildung und verbindlich definierte Lernziele. Kompetenzen statt Fachwissen, Zusammenhänge statt Details sind der Leitfaden, an denen wir die schulischen Lerninhalte messen. Bei der Auswahl von Themen fordern wir mehr demokratische Mitbestimmung der Schülerschaft, beispielsweise mittels eines Lehrkatalogs, über dessen Angebote regelmäßig Wahlen abgehalten werden. Hierdurch können auch nicht-bewertbare Facetten der Charakterbildung wie demokratisches Bewusstsein gefördert werden.

Stüwe/Scholz/Böhm

Antrag 2.6

Die aktuelle Entwicklung von Lehrmitteln für sächsischen Schulen hat eine große Problematik. Der sächsische Staat kauft sich nicht das Recht über die Weiterentwicklung der Bücher zu verfügen und diese frei an sächsische Schüler zu verteilen, sondern kauft nur einzelne Bücher. Deswegen begeben sich Lehrer oft auf rechtliches Glatteis, wenn sie zum Beispiel ihren Schülern eine Seite eines Schulbuchs kopieren. Um dieses Problem zu

beseitigen spricht sich die Piratenpartei für die Entwicklung frei lizenzierter Schulbücher aus, die sowohl von Unternehmen - aber vor allem auch - durch Schüler und Lehrer entwickelt werden. Lehrer sollen dadurch die Möglichkeit haben Mängel, die sie an den Büchern entdecken, zu beheben sowie sie auf dem neusten Stand zu halten. Schülern ermöglicht das die Bücher kritisch zu hinterfragen und ihre Meinungen einzubringen. Eigene Publikationen, die besser zu den Unterrichtsmethoden der individuellen Lehrkraft passen, werden heute schon eingesetzt. Pädagogen wird aber keine Möglichkeit gegeben erarbeitetes Material an Dritte und andere Schulen weiterzugeben. Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass eine Infrastruktur für freie Lehrmittel geschaffen wird. Diese soll zudem der Aufklärung über neue, zeitgemäße Lizenzmodelle dienen.

Antrag 2.7

Die Stellung der Pädagogen muss gestärkt werden um die Attraktivität des Lehrerberufs zu verbessern. Regierung und Politik müssen Lösungen finden um den Reiz und die Verantwortung des Berufes hervorzuheben. Desweiteren müssen Aufstiegsmöglichkeiten für gute Lehrer verbessert werden. Die Verbeamtung von Lehrern ist nicht mehr zeitgemäß, daher treten die Piraten in Sachsen für eine bundesweite Abschaffung dessen ein. Laufbahntrennungen in der Lehramtsausbildung sind aufzuheben. Die Dauer der Praxisphasen im Lehrerstudium soll angehoben werden. Auch Referendarstellen müssen weiter ausgebaut werden. Das Lehrerstudium muss an die moderneren Anforderungen angeglichen werden. Lehrer sollen bundeseinheitlich und ohne Unterschiede der Lehrzeitform (Gymnasial, Grundschule etc.) vergütet werden.

Antrag 2.8

An jeder Schule sollen Sozialpädagogen und Schulpsychologen zum Grundpersonal gehören. Nur so kann auf Probleme der Schülerinnen und Schüler rechtzeitig reagiert werden. Diese Mitarbeiter sollen auch die Lehrer bei ihrer Arbeit entlasten.

TEXTENTWÜRFE - Fortbildung (Abschlüsse, Hochschulpolitik, VHS, Bib)

FlOrange

Abschlusskritik

Die sächsische Piratenpartei kritisiert die gegenwärtigen Schul- und Hochschulabschlüsse grundlegend, da sie durch ihre groben Leistungsraster die tatsächlichen Fähigkeiten der Absolventen nur unzureichend abbilden. Gerade vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Lernmittelrevolution sind individuellere Kompetenzanalysen und Leistungsnachweise heute ohne Probleme möglich. Das Abschlusszeugnis dient im Berufsleben als validierter Qualifikationsnachweis und muss sich den Möglichkeiten neuer Technologien endlich anpassen.

In Zukunft können an die Stelle von zehn Fächernoten beispielsweise fünfzig Kompetenzbewertungen treten, die für Absolventen wie Arbeitgeber deutlich aufschlussreicher über Stärken und Schwächen informieren. Durch den Einsatz von Computerprogrammen und personalisierten Prüfungen wird diese individualisierte Form der

Leistungserhebung den Verwaltungsaufwand noch senken. Bei all diesen Innovationen ist die Chancengleichheit selbstverständlich zu gewährleisten.

Neben der Ausgestaltung der Abschlüsse selbst, kritisiert die Piratenpartei Sachsen jedoch auch die Erlangung derselben. Das Abgehen von der Schule ohne Abschluss ist ein inakzeptabler und widersinniger Zustand – das komplette Verfehlen eines Qualifikationsnachweises bildet einen Schüler ab, der keinerlei Fähigkeiten besitzt. Wir wollen diese überkommenen Strukturen überwinden und fordern daher alle Abschlussarten zu individualisieren. In Zukunft soll es möglich sein, am Ende jedes Jahrgangs bzw. Kurses die bis dahin erbrachten Leistungen validiert nachgewiesen zu bekommen.

Lupino

Pflichtpropädeutikum

Die Neuerung ist, dass jedem Hochschulstudium (in Sachsen) ein einjähriges Propädeutikum vorangestellt wird. Der Ablauf eines ordnungsgemäßen Hochschulstudiums bis zum Doktor sieht dann wie folgt aus:

- 1 Jahr Propädeutikum
- 3/2? Jahre Bachelor
- 2 Jahre Master (u.U. optional)
- 3 Jahre Promotion (die Praxis zeigt, dass eine Promotion durchaus länger dauert und das ist auch meist gut so!)

Aufbau, Ziele und Inhalt des Propädeutikums:

- im ersten Semester soll der Student in verschiedenen Schnupperkursen aller Fakultäten verschiedene Fächer kennenlernen und eine grobe Vorauswahl treffen
- im zweiten Semester soll er sich auf eine Richtung festlegen und Kurse zur Auffrischung besuchen um sich vorausgesetztes Wissen (z.B. Programmierkurse, höhere Mathematik) sowie speziell zum Studium nötige Kernkompetenzen (Quellenkritik, wissenschaftliches Schreiben...) anzueignen
- Erst danach schreibt er sich in sein Kernfach ein und beginnt das ordnungsgemäße Bachelor-Studium
- Ziel der Maßnahme sind
- eine Verringerung der Abbrecher- und Wechslerquote, die durch falsche Erwartungen an das Fach oder durch mangelnde Vorbereitung auf das Studentenleben resultieren
- eine Entlastung der sekundären Bildungsbereiche
- Konkrete staatliche Maßnahmen wären bspw. die Garantie einer Förderung (etwa BaFöG) des zusätzlichen Jahres sowie die Bereitstellung von Mitteln an die

Hochschulen zur Durchführung der zusätzlichen Veranstaltungen (etwa zusätzliche Dozentenstellen)

Stüwe/Scholz/Böhm

Antragssammlung Studium

Antrag 4.1

4. Studium

Die sächsische Piratenpartei begrüßt die Zusammenarbeit mit regionalen und internationalen Unternehmen begleitend zum Studium und ist bestrebt diese weiter auszubauen. Diese Zusammenarbeit ist notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit der zukünftigen Hochschul- und Universitätsabsolventen zu gewährleisten. Dies soll über Studentenaustausch und Praktika erfolgen sowie über Sponsoring und Stipendien.

Antrag 4.2

Hochschulen sollen frei über ihre Mittel verfügen, so dass sie Rücklagen bilden und jeweilige Investitionen über Kredite abwickeln können. Hochschulen soll es möglich gemacht werden, eigene Unternehmen zu gründen oder sich an Unternehmen zu beteiligen, vorausgesetzt es besteht ein wissenschaftlicher Anreiz hierfür. Wirtschaftliche Betätigungen und der eigene Finanzhaushalt müssen gesondert gesetzlich geregelt werden.

Antrag 4.3

Sachsen muss weiterhin die Studentenwerke stärken damit den Studenten durch eine bessere soziale Absicherung das Studieren erleichtert wird. Gerade das Angebot an Kinderbetreuungs- und Kindertagesplätzen muss weiter ausgebaut werden, wobei die dafür notwendigen Mittel durch den Freistaat Sachsen zur Verfügung gestellt werden.

Antragssammlung Vorschule

Antrag 1.1

1. Vorschule

Im Kindergarten und der Vorschule sollen Kinder spielerisch soziale, körperliche und gesundheitliche Inhalte vermittelt bekommen, die gesellschaftlich begründet sind.

Antrag 1.2

Die Vorsorgeuntersuchungen sind ein wichtiger Bestandteil der gesundheitlichen Vorsorge unserer Kinder, um frühzeitig gegen Mängel in Ihrer Entwicklung oder Krankheiten einschreiten zu können und Folgeschäden beim Kind zu verhindern oder zu verringern. Sie ist eine Pflicht und Eltern müssen dazu ermutigt werden, mit ihren Kindern regelmäßig daran teilzunehmen. Eine mögliche Sanktion bei Nichtteilnahme kann zum Bsp. die Kürzung des Kindergeldes sein.

Antrag 1.3

In der vorschulischen Ausbildung soll schon frühzeitig die Möglichkeit bestehen, sich mathematische Grundkenntnisse und Kenntnisse der deutschen und einer Fremdsprache spielerisch anzueignen.

Antrag 1.4

Um den Wechsel zwischen den verschiedenen Bildungseinrichtungen zu vereinfachen sollten Kindertagesstätte und Kindertagespflegestellen in den Verantwortungsbereich des Kultusministeriums übergehen.

Antrag Berufsausbildung

Antrag 3

3. Berufsausbildung

Um für den Auszubildenden den idealen Beruf zu finden, soll es den regionalen Unternehmen möglich sein, die Schüler schon ab dem 8. Schuljahr in ihrer Schulzeit zu begleiten. Schulen sollten mit regionalen Unternehmen zusammenarbeiten und diese schulbegleitenden Maßnahmen fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass die Berufs- und Studienberatung schülerbezogen und bedarfsorientiert und das Angebot der Berufsakademien stärker ausgebaut werden.